

Hilter sucht Bürgermeister per Stellenanzeige in der Zeitung

Hilter. In gut einem Jahr, am 20. Januar 2013, wird ein neuer Bürgermeister für Hilter gewählt. Amtsinhaber Wilhelm Wellinghaus (68) möchte zum 31. März 2013 in den Ruhestand treten. CDU und FDP haben sich schon auf die Suche nach einem geeigneten Bewerber gemacht, der dann am 1. April 2013 den Dienst antreten soll.



Wilhelm Wellinghaus

Mit einem Inserat in der NOZ suchten die beiden Parteien einen Mann oder eine Frau, die „innovative Impulse“ geben und diese „zielführend delegieren“ könne. Der oder die Neue soll das Rathaus als modernes Dienstleistungsunternehmen verstehen und den Laden „bürgernah, leistungsorientiert, wirtschaftlich und mit hoher sozialer Kompetenz“ führen. Ein Aufruf in der „Kommunalen Stellenbörse“ des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes kommt auch noch.

Die Kandidatensuche über eine Stellenanzeige, das sei in Niedersachsen eher unüblich und nicht vorgeschrieben, räumte Franz Biesenkamp, Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion, auf Nachfrage ein. In anderen Bundesländern, in denen es den hauptamtlichen Bürgermeister schon länger gibt, sei das jedoch ein normaler Vorgang. Es gehe der Ratsmehrheit in Hilter jedenfalls darum, potenzielle Bewerber in möglichst weitem Umkreis zu erreichen. Wichtig sei dabei, dass die Bürger eine echte Auswahl haben, betonte Silvia Vogelsang (UWG). Die Unabhängigen haben sich nicht an der Stellenausschreibung beteiligt. Sollte die Ratsmehrheit auf Basis der an sie gerichteten Kandidatenbewerbungen nur einen Vorschlag unterbreiten, werde sich die UWG um einen Alternativ-Bewerber bemühen. Andreas Krebs (SPD) hält das derzeit aber noch nicht für spruchreif, wie er auf Anfrage sagte.

Bürgermeister Wilhelm Wellinghaus sieht dem Vorgang gelassen zu. Der Wahltermin 20. Januar 2013 sei im Rat noch nicht beschlossen, der Beschluss aber im Grunde reine Formsache. Denn sein Antrag, zum 31. März 2013 in Rente zu gehen, liege dem Landkreis vor. Damit sei der 20. Januar als Tag der Landtagswahl der sinnvollste Termin. Durch die Verbindung mit einer ohnehin stattfindenden Wahl ließen sich Kosten sparen. Außerdem falle dadurch die Wahlbeteiligung vermutlich besser aus.

Wellinghaus war 2006 für acht Jahre gewählt worden. Durch eine Gesetzesänderung vom November hätte er bis zum Ende seiner Amtszeit 2014 im Amt bleiben können.

(Quelle: NOZ-Website vom 20. Dezember 2011)